

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Plenarwoche vom 05.09. – 09.09.2011



## Inhalt

### Euro-Rettungsschirm und der Bundeshaushalt 2012

## Verantwortung für Deutschland und Europa! Auf die Sozialdemokratie kommt es an!

Obwohl wir viel Kritik an der Europa-Politik der schwarz-gelben Bundesregierung haben, wird die SPD voraussichtlich die Ausweitung des Euro-Rettungsfonds EFSF unterstützen. "Es sind die ersten richtigen Schritte dieser Regierung in der Eurokrise, und deshalb werden wir sie mitgehen", sagte Sigmar Gabriel in der Debatte.

**Verantwortung für Europa, darum geht es jetzt!** Der gesamte Euro-Raum steht vor enormen Herausforderungen, finanziellen, aber auch sozialen. Zur Vorbereitung der Debatte führten wir am vergangenen Freitag eine Klausurtagung durch und beleuchteten gemeinsam mit Experten alle Facetten.

**Fazit: Die Lage ist (auch für Deutschland) sehr ernst. 50 Prozent unseres deutschen Bruttoinlandproduktes (BIP) bestehen aus Exporten. Bricht die Kaufkraft in der Eurozone ein, trifft uns das hart.** Aktuell haben wir gerade noch 0,1 Prozent Wirtschaftswachstum. Die letzte Wirtschaftskrise haben wir mit dem Kraftakt der Konjunkturpakete gut überstanden, bei einer neuen Krise wäre dafür kein Geld mehr da.

*Der Euro lohnt sich nach Überzeugung der staatlichen KfW-Bankengruppe für Deutschland, auch wenn die Rettung Griechenlands und anderer Schuldensünder im Euroraum Milliarden-Garantien erfordert: Nach Berechnungen der Förderbank hat die Einheitswährung Deutschland allein in den vergangenen beiden Jahren einen zusätzlichen Wohlstandsgewinn von 50 bis 60 Milliarden Euro gebracht. „Um diesen Betrag wäre die wirtschaftliche Leistung weniger gestiegen, wenn wir die D-Mark gehabt hätten“, sagte KfW-Chefvolkswirt*

Norbert Irsch der „Frankfurter Rundschau“. Das entspreche einem Wachstumsminus von 1 bis 1,25 Prozent pro Jahr (dpa)

Leider hat die Bundesregierung und insbesondere die Kanzlerin mit ihrer wahl- und parteipolitischen Tacklererei die Situation verschärft. **In den letzten 18 Monaten hat Angela Merkel immer national („kein Cent für Griechenland“) geblinkt und ist erst im letzten Moment europäisch abgebogen.** Auch die „Stammtischparolen“ nach dem Motto schmeißt doch Griechenland raus, sind wenig hilfreich, weil dies eine Lawine auslösen würde und dann auch Portugal, Irland, Spanien und, und, und folgen würde.

Der Euro-Rettungsschirm, kurz EFSF genannt, ist nicht die Lösung aller Probleme. Viele Maßnahmen werden noch folgen müssen um die notwendige Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion hinzubekommen und wir würden es sehr begrüßen, wenn sich diese Prozesse von Anfang an auch parlamentarisch widerspiegeln und nicht nur zwischen Herrn Sarkozy und Frau Merkel vereinbart werden.

**Als wichtigste Volkswirtschaft in Europa und große Exportnation können wir uns weder von den akuten Problemen im Euroraum noch von der Weltwirtschaft abkoppeln.** Es gilt, die Kosten der europäischen Solidarität transparent abzuwägen gegen die dramatischen Folgen, die es hätte, wenn die Währungsunion auseinanderbrechen würde. Der Erhalt und die Sicherung der Währungsunion ist die zentrale Säule für unseren Wohlstand und liegt daher im deutschen Interesse.

**Wir tragen Verantwortung für Europa! Deshalb schlagen wir folgende Maßnahmen vor:**

1. Selbstverständlich tragen die gefährdeten Staaten eine große Eigenverantwortung und wir erwarten, dass sie ihre Haushalte konsolidieren und gegen Korruption und Steuerbetrug massiv eingreifen.
2. Wir brauchen einen Schuldenschnitt. Der Privatsektor muss auf einen Teil seiner Forderungen verzichten. Die Spekulanten haben gut verdient und müssen daher beteiligt werden.
3. Es muss eine europäische Wachstumsinitiative angestoßen werden. Damit muss auch der Jugendarbeitslosigkeit (Griechenland 50 %, Spanien 45 %) begegnet werden. Die Menschen brauchen „Licht am Ende des Horizonts“.
4. Wir brauchen streng konditionierte und kontrollierte Euro-Bonds, damit die schwachen Staaten auch die Möglichkeit niedrigerer Zinsen erhalten. Wir haben bereits eine Gemeinschaftshaftung von 750 Mrd. Euro. Daher ist auch die Ablehnung der Schwarz-Gelben für die Euro-Bonds nur heiße Luft. Euro-Bonds sind sicherlich kein Allheilmittel aber sie helfen die Brandschutztür für die Spekulanten zu zumachen. Dies sehen auch Fachexperten so.
5. Es muss endlich eine Regulierung der Finanzmärkte geben. Kein Akteur, kein Produkt, kein Finanzplatz mehr ohne Aufsicht! Mit einer Transaktionssteuer können sich auch die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen.
6. Wir brauchen eine gemeinsame und faire Wirtschafts- und Wachstumspolitik. Wir fordern für Europa ein Ende des Wettlaufs nach unten mit immer niedrigeren Steuersätzen und sozialen Standards. Dies

hilft auch der sozialen Spaltung vorzubeugen. Die Proteste der Menschen in Griechenland, Spanien und England sind warnende Beispiele.

Wir Sozialdemokraten werden dem Rettungsschirm unter der Bedingung, dass wir alle Fakten kennen, zustimmen. Denn uns ist bewusst, dass es auf uns ankommt und in diesem Bewusstsein und mit dieser Verantwortung gehen wir die Herausforderungen der nächsten Wochen und Monate an.

**Die erste Sitzungswoche in Berlin nach der Sommerpause hatte es in sich. Nicht nur der EU-Rettungsschirm bestimmte die Debatte sondern auch der Bundeshaushalt 2012. Ein schwieriger Spagat für die Abgeordneten, denn die Schwarz-Gelben haben dem Parlament kaum genug Zeit eingeräumt, den EU-Rettungsschirm zu diskutieren und gleichzeitig fallen auch die Informationen zu den einzelnen Haushaltstiteln spärlich aus.**

In der sogenannten Elefantenrunde im Plenum machte die SPD sehr deutlich, das unser Land schlecht regiert wird und CDU/CSU und FDP eine verheerende Halbzeitbilanz vorweisen. Egal in welchem Bereich, fast überall treffen die fiskalischen Kürzungen sozial Schwächere. Besonders deutlich wurde dies bei der 1. Lesung des Bundeshaushaltes 2012 in den Bereichen Arbeit und Soziales, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bildung und Forschung aber auch bei Gesundheit und dem Budget des Ressorts für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Als unsozial bewertet die SPD auch die Kürzungen im Verkehrs- und städtebaulichen Bereich (wie zum Beispiel die Zusammenstreichung des Programms „Soziale Stadt“).

Nicht von ungefähr bezeichnete der erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann, die Koalitionäre denn auch als „Schuldenkönige von Deutschland“ und verwies darauf, dass der von Schwarz-Gelb genehmigte Haushalt 2010 bereits mit 80 Milliarden Euro die höchste Neuverschuldung in der Geschichte hatte. Dazu kommt eine FDP, die im Bundestag gegen die Schuldenbremse stimmte, weil sie mit dem Geld lieber Geschenke an Hoteliers finanzieren wollte. Oppermanns bittere Worte in der Haushaltsdebatte legen Zeugnis von der miserablen Halbzeitbilanz der Merkel-Regierung ab: „Sie schaffen es ja nicht mal, ein anwendbares Wahlrecht zu gestalten. Sie sind menschlich und politisch ausgebrannt. Sie können es einfach nicht!“. In den nächsten Ausgaben werden wir dann noch detaillierter zum Haushalt berichten.

***Soviel Zeit muss sein: wir gratulieren Erwin Sellering und den Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern zu ihrem grandiosen Wahlergebnis am vergangenen Sonntag! Gleichzeitig drücken wir Klaus Wowereit die Daumen und wünschen den Sozialdemokraten in Berlin viel Erfolg bei den Abgeordnetenhauswahlen am nächsten Sonntag!***

**wie gewohnt, haben wir für Euch noch weitere Infos zusammengestellt:**

- wer sich für die vom 16. – 25. Sep. stattfindende „Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2011“ interessiert, findet näherer Infos unter: [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de)

- bis zum 30. Sep. können sich Ehrenamtliche noch beim Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt bewerben ([www.buendnis-toleranz.de/aktiv-2011](http://www.buendnis-toleranz.de/aktiv-2011))

- ebenfalls bis zum 30. Sep. läuft die Bewerbungsfrist für den Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages:  
<http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/parlamentspreise/medienpreis/index.jsp>

- und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung lobt Preise für wissenschaftliche und journalistische Beiträge zum Thema „Ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt? – Ordnungspolitische Lehren aus der Finanzkrise“ aus. Näheres unter: [www.schleyer-stiftung.de](http://www.schleyer-stiftung.de)

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia